



HAMBURG

SPD

Hamburger Kurs vorwärts

SCHULGELDBEFREIUNG IN GESUNDHEITSFACHBERUFEN

von Cornelia Prüfer-Storcks, Senatorin für Gesundheit und Verbraucherschutz

Um die Attraktivität der Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen zu steigern und junge Menschen zu motivieren, einen Gesundheitsfachberuf zu erlernen und auszuüben, wäre es notwendig, eine bundesgesetzliche Regelung zur Abschaffung des Schulgelds für alle Gesundheitsberufe zu schaffen. Das sieht der Koalitionsvertrag auf Bundesebene auch vor. Das Bundesgesundheitsministerium lässt sich bei der Umsetzung allerdings Zeit. Mit einem Gesetz ist nicht vor 2021 zu rechnen.

Der Hamburger Senat will die Schülerinnen und Schüler der Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie jedoch nicht auf eine bundeseinheitliche Regelung warten lassen. Aus diesem Grund wird er in Hamburg die Schulgeldfreiheit für alle Schulen ab April 2019 umsetzen. Alle Schülerinnen und Schüler werden dann kein Schulgeld mehr zahlen und nicht etwa nur diejenigen, die die dreijährige Ausbildung in diesem Jahr neu beginnen. Hamburg tritt damit in Vorleistung und zahlt fast vier Millionen Euro pro Jahr, damit die Schülerinnen und Schüler kein Geld mehr mitbringen müssen, wenn sie einen Mangelberuf erlernen.

Physiotherapeutinnen und -therapeuten, Ergotherapeutinnen und -therapeuten sowie Logopädinnen und Logopäden leisten einen wichtigen Beitrag zur gesundheitlichen Versorgung. Logopädinnen und Logopäden helfen, wenn die Sprachentwicklung eines Kindes gestört ist oder ein Schlaganfallpatient Sprachstörungen erlitten hat. Physiotherapeutinnen und Physiothera-

peuten stellen nach Erkrankungen der Wirbelsäule oder Gelenkoperationen die Bewegungsfähigkeit wieder her und beugen einem Rückfall vor. Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten unterstützen Menschen mit Behinderung oder geriatrische Patienten bei der Bewältigung ihres Alltags. Aufgrund der Zunahme chronischer Erkrankungen und der wichtigen Rolle von Prävention und Rehabilitation wird ihre Bedeutung in den kommenden Jahren noch weiter zunehmen.

In allen drei Gesundheitsfachberufen herrscht jedoch bundesweit ein Fachkräftemangel. In Hamburg sind die Stellen in der Physiotherapie im Durchschnitt 157 Tage vakant und bleiben damit 47 Prozent länger als im bundesweiten Durchschnitt aller Stellen nicht besetzt.

Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass mit der zunehmenden Zahl an älteren Menschen in Hamburg der Bedarf an Heilmittelerbringung steigt. Die Gesundheitsfachberufe werden insbesondere in der Therapie von Erkrankungen benötigt, die mit dem Alter zunehmen. Zu ihnen zählen etwa chronisch degenerative Erkrankungen und Multimorbidität. Hinzu kommt, dass die Geriatrie in Hamburg sehr gut ausgebaut ist und auch spezialisierte Krankenhäuser zum Beispiel in der Schlaganfallversorgung einen besonders hohen Bedarf an Therapeutinnen und Therapeuten haben.

Vor dem Hintergrund des bereits bestehenden und noch steigenden Personalbedarfs in den Gesundheitsberufen ist es ein Anachronismus, dass Schülerinnen



Foto: BCGV/Birna Engel

Cornelia Prüfer-Storcks

und Schüler in ihrer Ausbildung ein monatliches Schulgeld von circa 430 Euro zahlen müssen.

Mit der Umsetzung der Schulgeldfreiheit hat der Senat die Weichen gestellt, um die Gesundheitsfachberufe attraktiver zu machen sowie ihrem wichtigen Anteil an einer guten gesundheitlichen Versorgung in Hamburg gerecht zu werden.

PETER TSCHENTSCHER

im Gespräch mit den Spitzenkandidierenden der sieben Hamburger Bezirke

- 16. April in Hamburg-Mitte
- 24. April in Wandsbek
- 26. April in Eimsbüttel
- 7. Mai in Altona
- 8. Mai in Hamburg-Nord
- 14. Mai in Harburg
- 20. Mai in Bergedorf

Die genauen Veranstaltungsorte und Zeiten werden in Kürze auf spd-hamburg.de sowie bei facebook veröffentlicht.



Unser Bürgermeister berichtet auf Facebook, Twitter und Instagram über seine Arbeit und gibt einen besonderen Einblick in die Politik im Rathaus.



/TschenPe



@TschenPe



@buergermeister.hamburg

Schaut doch
mal rein und lasst
Anregungen, Hinweise
oder Likes da!





Liebe Genossinnen und Genossen,

das Jahr 2019 nimmt seinen Lauf – und wir arbeiten mit Hochdruck an den Herausforderungen, die das Jahr uns bietet. Dazu gehören vor allem die Bezirks- und Europawahlen Ende Mai. Die Kandidierendennominierungen für die Bezirke haben stattgefunden oder stehen unmittelbar bevor. Die Planungen für den Wahlkampf laufen mit großem Engagement in allen sieben Kreisen. Hier sind wir gut aufgestellt.

Aber auch in einem Wahljahr wie diesem bleibt unsere wichtigste Aufgabe, gute Politik für die Menschen zu machen und alles daran zu setzen, dass das Leben aller kontinuierlich besser wird. In Hamburg nennen wir das nicht umsonst „Gutes Regieren“. Den damit verbundenen Anspruch setzen wir jeden Tag mit großem Ernst um. Baugenehmigungen für erneut mehr als 10.000 neue Wohnungen oder eine Kriminalitätsrate, die so niedrig ist, wie seit Jahrzehnten nicht mehr – das sind nur zwei Kennzahlen von vielen, die unseren Erfolg dokumentieren.

Auch im Bund nimmt die SPD diesen Anspruch ernst. Aktuell werden in ganz Deutschland unsere Vorstellungen für den Sozialstaat der Zukunft diskutiert:

Ein Recht auf Arbeit, eine Grundsicherung für Kinder, die Anpassung von Regelsätzen auf ein Niveau, das auch für Großstädte ausreichend ist, das Recht auf Weiterbildung und Qualifikation – das alles ist richtig und nötig. Gerade in einem reichen Land wie Deutschland darf kein Kind in Armut aufwachsen – und Kinder dürfen für ihre Eltern kein Armutsrisiko sein.

Diese und mehr Herausforderungen gehen wir an. Immer, wenn es darum geht, den Sozialstaat an die aktuellen Herausforderungen anzupassen, dann braucht es engagierte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Eure Melanie

Melanie Leonhard

NEUMITGLIEDEREMPfang 2019 MITEINANDER INS GESPRÄCH KOMMEN

von Fabio Cecere

Am 4. Februar fanden sich rund 80 Genossinnen und Genossen im Kurt-Schumacher-Haus ein, um die Zentrale der Landes-SPD mit ihren Haupt- und Ehrenamtlichen, aber vor allem auch die weiteren „Neuen“ in der Partei kennen zu lernen. Landesgeschäftsführerin Kerstin Bake-Völsch eröffnete den Abend und stellte das Haus und die Arbeit in der Landesorganisation vor. Den Neumitgliederabend im Kurt-Schumacher-Haus stattfinden zu lassen, war eine bewusste Entscheidung, um das 62 Jahre alte Gebäude als das Zuhause der Hamburger SPD erlebbar zu machen. Die Landesvorsitzende Melanie Leonhard unterstrich die Wichtigkeit einer politischen Haltung sowie die Bedeutung einer politischen Heimat, besonders jetzt und gerade in der SPD. Nach einem lockeren Warm-up mit spielerisch-moderierten Vorstellungsrunden entwickelte sich der Abend zu einem geselligen Treffen bei guter Stimmung. Neben der ASF-Vorsitzenden Sandra Goetz, Ronja Schmager aus dem Landesvorstand, Olcay Aydik und Laura Wohnrath von den Jusos sowie den ReferentInnen des KuSchu, waren auch der

Fraktionsvorsitzende Dirk Kienscherf und der Bundestagsabgeordnete Metin Hakverdi vor Ort. Man kam schnell ins Gespräch und viele Fragen konnten beantwortet werden. „Ich habe mehrfach als Feedback bekommen, wie unkompliziert und angenehm es war miteinander ins Gespräch zu kommen“, so Kerstin Bake-Völsch.

Und genau das war unser Ziel: ins Gespräch zu kommen – in netter Atmosphäre bei Snacks und Getränken. Der Dialog innerhalb der Partei auf allen Ebenen und in allen Gliederungen ist wichtig, damit wir zu gemeinsamen Ergebnissen kommen – gerade auch in einem politisch so wichtigen Jahr für Hamburg. Wir in der Hamburger SPD: das sind eben alle Mitglieder der Partei – ob nun Neumitglied oder schon lange dabei, jung oder alt, Mann oder Frau. Wir sind viele und gemeinsam können wir in den nächsten Wahlkämpfen überzeugen.

Vielen Dank für die rege Beteiligung.



V. l. n. r.: Kerstin Bake-Völsch eröffnet den Neumitgliederempfang, Melanie Leonhard begrüßt die Genossinnen und Genossen, Sebastian Jahnz moderiert die Kennenlernrunde

DR. CHRISTINE FÄRBER: EIN NACHRUF

von Kerstin Bake-Völsch



Am 26.12.2018 verstarb unsere Genossin Dr. Christine Färber, Professorin für empirische Sozialforschung an der HAW Hamburg. Ob als zentrale Frauenbeauftragte an der Freien Universität Berlin, als Sprecherin der Bundes- und der Landeskongress der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen, ob im Rundfunkrat des rbb, als Vorsitzende der ASF in Brandenburg oder Mitglied im Landesvorstand: Ihr Engagement galt immer und unermüdlich der Frauenförderung und Gleichstellung. Noch im November war sie Gast bei der „Frauenherbstmahlzeit“ des Landesfrauenrats Hamburg – wie immer mit einer inspirierenden Rede im Gepäck, die zum Pläne schmieden und Weiterdenken einlud: „Gleichstellung in der Finanz- und Haushaltspolitik“.

In ihrem Vortrag machte sie deutlich, dass Frauen in der Politik zu oft Ämter und Aufgaben innehaben, in denen sie nach Geld fragen müssen, anstatt über seine Verteilung selbst zu entscheiden. Gleichstellungsziele für den Haushalt müssen politisch und demokratisch festgelegt werden. Gender Budgeting ist dabei ein machtvoll Instrument, das es ermöglicht, den

Haushalt so umzusteuern, dass er aktiv zur Gleichstellung beiträgt. Der Haushalt ist das zentrale Steuerungsinstrument des Parlaments – hier zeigt sich die Ernsthaftigkeit des politischen Willens und Christine Färber hat sie massiv eingefordert. Wir werden diesen Weg in ihrem Sinne weiterverfolgen.

Den 16-seitigen Vortrag findet ihr online unter <https://landesfrauenrat-hamburg.de/projects/frauenherbstmahlzeit-2018/> oder Ihr könnt ihn bei uns gedruckt anfordern.

Berlin direkt HERAUSFORDERUNG EUROPA

von Aydan Özoğuz

Jüngst fand die 50. Einbürgerungsfeier im Hamburger Rathaus statt. Hervorstechend war neben dem runden Jubiläum auch die hohe Zahl britischer Menschen, die sich einbürgern ließen. Viele BritInnen leben schon lange in Hamburg. Als StaatsbürgerInnen eines EU-Mitgliedsstaates haben sie viele Rechte – sogar das kommunale Wahlrecht. Nun rückt der Brexit näher und droht in chaotischer Weise über die Bühne zu gehen. Die Abgeordneten auf der Insel scheinen nicht zu wissen, was sie erreichen wollen und schaffen es nicht, dem Verfahren noch etwas Würde anhaften zu lassen. Traurig ist, dass diejenigen, die den Brexit teils populistisch vorangetrieben haben, offenbar keine ordentliche Lösung erarbeiten wollen. Deutschland bedauert den Austritt sehr, aber natürlich kann kein Staat die EU verlassen und dann weiter alle Vorteile einer Mitgliedschaft genießen. Die EU ist Großbritannien sehr entgegengekommen, mehr Zugeständnisse wird es nicht geben. Dennoch fordern immer noch britische Abgeordnete, May müsse weiter mit Brüssel verhandeln. Als ob es nicht längst klare Ansagen gegeben hätte, dass es keine Verhandlungsspielräume mehr gibt. Ein sogenannter harter Brexit ohne Vereinbarungen träfe die Briten am allerstärksten und würde mit Sicherheit auch dem Ruf des Landes schaden.

Was bedeutet das nun für die Briten bei uns? Sie würden Mitglieder eines Drittstaates und könnten bei Einbürgerungen auch nicht mehr den britischen Pass behalten. Beide Pässe vorbehaltlos behalten zu können ist ein Privileg der EU. Und so hatten wir zu diesem Einbürgerungsjubiläum einen Anstieg bei britischen StaatsbürgerInnen von über 80%. Die in Deutschland lebenden Menschen aus Großbritannien verlieren also einige Rechte, die EU verliert einen wichtigen Partner, und das Vereinigte Königreich verliert eine lang gewachsene Verankerung.

Insgesamt ist die EU in keinem guten Zustand, obwohl sie den Mitgliedstaaten zu einer Stärke verhilft, die kein Land allein hätte. Ungarn geht seit längerem einen eher rechtspopulistischen Weg der Abschottung. In einigen Ländern wurden Journalisten ermordet.

In Danzig wurde Bürgermeister Pawel Adamowicz bei einer Spendenveranstaltung erstochen. Tagelang gingen Hunderttausende auf die Straße. Bei der Beisetzung, der ich beiwohnen durfte, sprach der Priester davon, dass Hass und Gewalt endlich überwunden werden müssen. Er bekam viel Beifall. Polen ist unser Nachbar und hat seit einigen Jahren Probleme mit der Rechtsstaatlichkeit. Die

Pressefreiheit wurde eingeschränkt, Juristen ausgetauscht, ihre Unabhängigkeit beschnitten. Die machthabende PiS Partei tut vieles, was auch die Menschen

in Danzig nicht gut fanden. Seit Jahren wählten sie immer wieder ihren unangefochtenen Bürgermeister, der stets für eine offene Gesellschaft, ein europäisches Miteinander eintrat. Über die deutsche Präsenz bei der Trauerfeier haben sich viele BürgerInnen Danzigs sehr gefreut. Polen und Deutschland – die Freundschaft könnte so innig sein. Aber auch dort finden immer wieder Stimmen Gehör, die den Nutzen der EU in Frage stellen. Dabei profitiert Polen enorm vom Staatenbund – die Wirtschaft wächst, was auch mit EU-Handelsverträgen zusammenhängt. Das scheint EU-Skeptikern in unserem Nachbarland nicht bewusst zu sein. Es ist daher umso wichtiger, den politischen Austausch zwischen Deutschland und Polen zu fördern. Nur so können wir Europafeindlichkeit entgegenwirken und Folgephänomene des Brexit verhindern.



Foto: SPD/Knoll

TERMINE

Sonnabend, 2. März

Offenes Singen: Arbeiter- und Falkenlieder

Wir treffen uns, um miteinander die „alten“ Arbeiter- und Falkenlieder zu singen.

Eine Anmeldung unter: politische-bildung@spd-hamburg.de hilft bei der Planung.

Zeit: 10.00 – 12.00 Uhr

Ort: SPD Landesorganisation, Kurt-Schumacher-Allee 10, 20097 Hamburg

Sonntag, 3. März

Poesie und Politik

Bei Wein und Käse stellt der Kieler SPD-Landtagsabgeordnete **Martin Habersaat** politische Bücher und Krimis vor.

Zeit: 16.00 Uhr

Ort: Theodor-Wenzel-Haus, Hummelsbütteler Weg 82 (Bushaltestelle Poppenbütteler Stieg, 174er).

Sonnabend, 16. März

Politischer Brunch zum Brexit

Großbritannien steuert auf den Brexit zu. Was bedeutet das für Europa und die Briten? Dazu haben wir **Metin Hakverdi**, MdB, Brexit-Beauftragter der SPD-Bundestagsfraktion und profilierten Außenpolitiker eingeladen, bei einem leckeren Frühstück hierüber zu sprechen.

Zeit: 11.00 Uhr

Ort: SPD-Abgeordnetenbüro Alstertal/Walddorfer, Harksheider Str. 8.

Donnerstag, 21. März

Social Media Vernetzung

Social Media ist elementarer Bestandteil der politischen Kommunikation. Besonders in Wahlkämpfen ringen Parteien und Gruppierungen auf Facebook, Twitter, Instagram & Co. um die Deutungshoheit über aktuelle Fragen. Wie gelingt es hier eine hörbare Stimme zu entwickeln? Geeignet für: alle Genossinnen und Genossen, die sich in diesem Bereich engagieren wollen.

Anmeldung unter politische-bildung@spd-hamburg.de

Zeit: 18.30 – 20.00 Uhr

Ort: SPD-Landesorganisation, Kurt-Schumacher-Allee 10, 20097 Hamburg

Donnerstag, 28. März

„Europa ist die Antwort“

Podiumsdiskussion mit Bundesjustizministerin **Katharina Barley**, **Niels Annen**, MdB und **Knut Fleckenstein**, MdEP.

Zeit: 19.00 Uhr

Ort: Restaurant Mazza, Moorkamp 5

Donnerstag, 28. März

„Für eine Welthandelspolitik mit Zukunft!“

Veranstaltung des Forum Internationale Politik mit **Bernd Lange**, MdEP, Vorsitzender Ausschuss Internationaler Handel im Europäischen Parlament.

Zeit: 18.30 Uhr

Ort: SPD-Landesorganisation, Kurt-Schumacher-Allee 10, 20097 Hamburg

Sonntag, 31. März

81. Oldenfelder Fröhshoppen.

Mit Knut Fleckenstein, MdEP unter dem Motto „Europa ist die Antwort“.

Zeit: 11.00 Uhr

Ort: Pausenhalle der Schule Bekassinenau 32

Mittwoch, 1. Mai

TAG DER ARBEIT

Die SPD Hamburg ruft dazu auf, auch an diesem 1. Mai auf die Straße zu gehen und an der Seite der Gewerkschaften Präsenz zu zeigen. Aktuelle Informationen zu Abläufen und Kundgebungen in Hamburg lagen zu Redaktionsschluss noch nicht vor und werden rechtzeitig auf der website und auf facebook publiziert.

Europa aktuell

EIN DOPPELTER ERFOLG FÜR MEHR TRANSPARENZ IN DEN EU-INSTITUTIONEN

von Knut Fleckenstein, MdEP

Wir SozialdemokratInnen im Europäischen Parlament haben für mehr Transparenz gestritten und nun gleich zwei Erfolge zu feiern: Die Entscheidungen des EU-Rats sollen nicht mehr im Geheimen gefällt werden dürfen und alle Abgeordneten des Europäischen Parlaments müssen in Zukunft offenlegen, mit welchen Lobbyisten sie sich treffen.

Nicht selten kommt es vor, dass die nationalen Regierungen im EU-Rat hinter verschlossenen Türen über EU-Gesetze und Regeln entscheiden, im Nachhinein aber die Verantwortung auf „Brüssel“ schieben. Das muss sich ändern! Deswegen haben wir im EU-Parlament mit einer deutlichen Mehrheit (380 zu 224 Stimmen) für einen Initiativbericht der europäischen Bürgerbeauftragten Emily O'Reilly gestimmt, der für eine Abschaffung der Geheimhaltung und Intransparenz im Gremium der EU-Staats- und Regierungschefs plädiert. Endlich! Weder für die Bevölkerung noch für uns Abgeordnete ist aktuell ersichtlich, wie sich die einzelnen EU-Mitgliedstaaten im Rat positionieren. Dadurch wird es erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht, die nationalen Regierungen für ihr Verhalten im Rat auch zur Verantwortung zu ziehen. Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu erfahren, welche Argumente ihre Regierungen vorbringen und welche Positionen sie vertreten. Es ist höchste Zeit, dass auch der Rat seine Arbeitsweise an die Anforderungen einer modernen und transparenten parlamentarischen Demokratie anpasst, anstatt durch anhaltende Geheimnistuerei Europaverdruss zu fördern.

Mehr Transparenz wollten wir auch im Europaparlament erreichen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Europaabgeordneten künftig ihre Treffen mit Lobbyisten ver-

öffentlichen müssen. So sieht es eine Überarbeitung der Geschäftsordnung vor, für die wir am 31. Januar 2019 gestimmt haben. Abgeordnete, die als Berichterstatter oder Ausschussvorsitzende an Gesetzen arbeiten, haben eine besondere Verantwortung und sollten deshalb veröffentlichen müssen, wen sie im Zuge ihrer Beratungen treffen.

Transparenz und damit die Nachvollziehbarkeit der Entscheidungsprozesse sind die besten Waffen gegen Spekulationen und Fake-News. Die EVP (darunter auch die CDU/CSU) sieht das anders. Sie sprachen sich gegen diese Veröffentlichungen aus. Aber ihr Nein dazu, wollten sie lieber nicht öffentlich zeigen. Ausgerechnet zum Thema Transparenz beantragten sie eine geheime Abstimmung. Das war an Peinlichkeit nicht zu überbieten. Genutzt hat es ihnen allerdings nicht.



Foto: Christine Rogge

Dienstag, 19. März

KLARTEXT. DAS STADTGESPRÄCH.

Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion **Dirk Kienschferf** und Ihre Abgeordneten vor Ort **Peri Arndt**, **Gert Kekstadt**, **Gerhard Lein**, **Christel Oldenburg** und **Güngör Yilmaz** laden ein zum Dialog.

Zeit: 19:00 Uhr

Ort: Kulturforum Serrahn, Serrahnstraße 1, Hamburg-Bergedorf



IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation,
Hamburg

V.i.S.d.P.
Lars Balcke

Redaktion:
Lars Balcke, Fabio Cecere,
Roland Triankowski

Satz und Gestaltung:
Janina Demiana Roll
hamburg-designsache.de

**Redaktionsschluss für die
kommende Ausgabe**
14. April 2019

Anschrift:
Kurt-Schumacher-Allee 10,
20097 Hamburg